

Mehrheit der Experten empfohlenen schrittweisen Deeskalation setzte Kurz massiv auf Eskalation, sprach davon, dass bald jeder einen Corona-Toten kennen würde, und setzte die Verlängerung der Maßnahmen bis Ende April samt Maskenpflicht durch.

Es ist den PR-Experten des Bundeskanzlers lange gelungen, die Tatsache, dass der Bundeskanzler gegen den Rat fast aller Berater, auch jener, die im Grunde auf seiner harten Linie waren, gehandelt hatte. Aber das Ergebnis unserer Recherchegespräche und der Dokumente, zu denen wir Zugang bekamen, ist eindeutig: Es war ein Alleingang des Kanzlers, der viele bestürzte, und zwar aus Gründen. Die Angst-Kampagne dieser frühen Apriltage wird das Land und seine Bürger noch länger beschäftigen.

Es wurde und wird den Kritikern der Maßnahmen immer wieder vorgeworfen, dass

ihnen ihre eigenen ökonomischen Interessen wichtiger seien als das Leben unserer älteren Mitbürger, die bei einer Infektion mit COVID-19 besonders gefährdet seien. Darum geht es aber gar nicht. Hätte Kurz sich an den Mehrheitsrat gehalten und wäre früher in Richtung Deeskalation gegangen, hätte das die ökonomischen Auswirkungen angesichts der globalen Situation nicht entscheidend gemildert. Aber unter der Perspektive der Begründungspflicht für freiheitsbeschränkende Maßnahmen, der berechtigten Forderung nach Transparenz und dem Anspruch auf evidenzbasiertes Handeln der Politik war das doch ein sehr bemerkenswerter Vorgang. Die intentionale Seite dieses Vorgangs bleibt Spekulation, aber die präzise Rekonstruktion der Ereignisse sollte zumindest die Möglichkeit eröffnen, auch im Nachhinein nachvollziehbare Begründungen einzufordern.

Wenn sich Regierungen dazu entschließen, auf eine gesundheitliche Bedrohung mit massiven Einschränkungen der Grundrechte und der bürgerlichen Freiheiten zu reagieren, spielt Angemessenheit eine zentrale Rolle. Vor allem aber erwächst aus einem solchen Handeln eine Begründungspflicht, der viele Regierungen, auch die österreichische, nicht in ausreichendem Maß nachgekommen sind. Grundrechtseinschränkende Maßnahmen als „alternativlos“ darzustellen, ist unter demokratischen Rahmenbedingungen keine Option. Es gibt immer Alternativen, die unter Einbeziehung von Kritikern und Andersdenkenden zumindest ernsthaft erwogen werden müssen, und deren Ablehnung transparent und nachvollziehbar begründet werden muss.

Der zweite Punkt, an dem sich unsere Chronologie der Entgleisungen deutlich von

der medial vermittelten Wirklichkeit unterscheidet, ist der Zustand des österreichischen Gesundheitssystems. Zwar wurde verhindert, dass die Krankenhäuser zu Infektionsherden wurden, und auch die Mobilisierung der im internationalen Vergleich großen Intensivkapazitäten funktionierte gut (wenn auch stark zulasten der Regelversorgung). Wirksame und nachhaltige Containment-Aktivitäten scheiterten allerdings an der föderalistischen Zersplitterung des Systems und an einem de facto dysfunktionalen Ministerium. Durch die Strukturreformen, die während der knapp eineinhalb Jahre amtierenden türkis-blauen Regierung von Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein aus parteipolitischen Motiven durchgesetzt wurden, wurde das Haus an die Grenze der Handlungsfähigkeit gebracht. Der kurz vor Ausbruch der Pandemie ins Amt gekommene

Rudolf Anschöber legte einen Bypass in Form eines hausinternen Krisenstabs, der jene zentralen Funktionen übernahm, die es nach der Strukturreform nicht mehr gab.

Bleibt die Phase der Öffnung. Sebastian Kurz selbst hat in einem Interview Anfang Juni 2020 gesagt, dass „Zusperren immer einfacher als Aufmachen“ sei, und in diesem Punkt ist ihm schwer zu widersprechen. Der politische und behördliche Umgang mit den wirtschaftlich Leidtragenden der Corona-Maßnahmen ist kein Ruhmesblatt. Man hat Unternehmer, die einen Entschädigungsanspruch haben, zu Bittstellern gemacht, schlampig ausgearbeitete und widersprüchliche Verordnungen verursachten Unsicherheit und Kosten, der besonders schwer getroffene Kunst- und Kulturbereich mit seiner überdurchschnittlich großen Zahl an prekär existierenden Einzelpersonen wurde im Regen stehengelassen.